

»Vertriebene« klagen über Polen

Berlin. Der Bund der Vertriebenen (BdV) wirft der polnischen Regierung mangelnden Willen zur Versöhnung vor. In Erinnerung an den vor 20 Jahren geschlossenen deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag sagte BdV-Präsidentin Erika Steinbach am Dienstag in Berlin, bei allen positiven Effekten des Abkommens dürften Defizite nicht verschwiegen werden. Die Regierungen nahezu aller Länder, aus denen Deutsche nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vertrieben worden seien, pflegten inzwischen »gute Kontakte zu den Vertriebenen« und bedauerten »das Unrecht, das ihnen zugefügt wurde«. Von einer solchen Haltung sei das offizielle Polen leider weit entfernt, beklagte Steinbach. Es sei »längst überfällig, daß auch aus Warschau den Vertriebenen Mitgefühl entgegengebracht wird und die Hände zur Versöhnung ausgestreckt werden«. Der Nachbarschaftsvertrag war am 17. Juni 1991 geschlossen worden. (dapd/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/165471.vertriebene-klagen-über-polen.html>